

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse,

nun besteht nach jahrzehntelangem Streit und Stillstand die Chance, die Endlagersuche für hochradioaktiven Abfall konstruktiv und transparent zu lösen. Doch dazu müssen sich alle Beteiligten auch an die Vereinbarungen halten. Das will die SPD-Fraktion durch einen Beschluss sicherstellen. Die Zusage, keine Castoren aus Sellafield und La Hague mehr in Gorleben zwischenzulagern, muss eingehalten werden. Um selbst einmal Merkels Wort zu benutzen: Es gibt keine Alternative zu einer ergebnisoffenen Endlagersuche. Es muss einen fairen Lastenausgleich zwischen den Bundesländern geben, Niedersachsen hat bisher die Hauptlast der Entsorgung von Atommüll getragen. Noch ist das Standortauswahlgesetz nicht in trockenen Tüchern. Peter Altmaier muss als Umweltminister nun zu Vereinbarungen stehen und endlich liefern – das haben wir ihm in einer Aktuellen Stunde nochmal klar vor Augen geführt.

Immer deutlicher zeigt sich, dass das Bild des fehlerlosen Verteidigungsminister und Merkel-Adjutant de Maizière bröckelt. Seine Arbeit fällt ihm offenbar immer schwerer, er beleidigt Soldaten, verheddert sich in der überhasteten Bundeswehrreform und täuscht nun das Parlament über das Drohnen-Debakel. Mehrere Hundert Millionen Euro sind verloren, obwohl die Probleme schon seit zwei Jahren bekannt waren. Aber der Minister schwieg einfach. So kann man weder mit dem Parlament noch mit den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern umgehen. Nun wird er sich erklären müssen.

Es ist unfassbar, was sich für Abgründe auftun bei der CSU in Bayern und Union und FDP im Bund. Da wurden minderjährige Kinder jahrelang als „Computerexperten“ beschäftigt, eine Ehefrau wurde als „Sekretärin“ mit 5500 Euro im Monat entlohnt. Und im Bund entert Innenminister Friedrich das Ministerium, um es in eine Unionszentrale umzubauen. Wir werden dem genauso nachgehen wie der FDP-Personalexpllosion im Entwicklungsministerium oder dem obskuren Auswahlverfahren bei der Bundesnetzagentur (Ex-Geliebte von Horst Seehofer).

Das Schlimme daran ist, dass der Parlamentarismus insgesamt durch solche Auswüchse Schaden nimmt, dass auch alle anständigen Politikerinnen und Politiker – die Mehrheit – in Verruf gerät.

Herzliche Grüße

deine Petra Ernstberger

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE JOHANNA AGCI, LINA BELING, TERESA BÜCKER, STEFAN
HINTERMEIER, FABIAN LANGENBRUCH, ALEXANDER LINDEN, ANJA LINNEKUGEL
TELEFON (030) 227-510 99 / **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 17.05.2013 13.00 UHR

Inhaltsverzeichnis

02	Top-Thema: Keine Castortransporte mehr nach Gorleben	11	Mitbestimmung modernisieren
04	Aktuelle Stunde: Der nette Herr Altmaier	11	Ganztagsschulprogramm 2.0
06	Debatte zur Bundeswehrreform und Drohnen	12	Iran verletzt die Religionsfreiheit
07	Schwarz-Gelb gipfelt sich zum Stillstand	13	EU-Operation Atalanta nicht ausweiten
08	CSU-Vetternwirtschaft schadet Demokratie	13	SPD stimmt EU-Beitritt von Kroatien zu
08	Mehr Transparenz und Informationsfreiheit	14	Intersexuelle Menschen wollen selbst entscheiden
09	Hohen Datenschutz in der EU sichern	15	Gleiche Chancen für alle Kinder
09	Exorbitante Managergehälter begrenzen	16	Tag der Kinderbetreuung
10	Akteneinsicht beim Bundesverfassungsgericht neu regeln	17	Partner der Realwirtschaft
		18	Netzpolitik als Querschnittsthema

TOP-THEMA

Keine Castortransporte mehr nach Gorleben

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in ihrer Sitzung am 14. Mai 2013 einen Beschluss anlässlich der 1. Lesung des Gesetzentwurfs zur Suche eines atomaren Endlagers (Standortauswahlgesetz) am 17. Mai gefasst: "Vertrauen schaffen, Zusagen einhalten – keine weitere Zwischenlagerung in Gorleben."

Der Gesetzentwurf wurde gemeinsam von den Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen ins Parlament eingebracht. Im März 2013 hatten Bundesregierung, Länder und die im Bundestag vertretenen Fraktionen einen Kompromiss ausgehandelt. Die neue Suche nach einem geeigneten und sicheren Endlager für hochradioaktive Abfälle soll transparent, ergebnisoffen und nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erfolgen. Gorleben ist im Gesetzentwurf genauso wie alle anderen möglichen Standorte weder gesetzt noch ausgeschlossen.

Für die Bevölkerung rund um Gorleben ist die Zusage enorm wichtig, dass die 26 Castortransporte mit dem Atommüll, den Deutschland von 2015 an aus den Wiederaufbereitungsanlagen in Sellafield und Le Hague zurücknehmen muss, nicht nach Gorleben gehen sollen, sondern auf andere Zwischenlager verteilt werden müssen. Das hatte die Bundesregierung während der Verhandlungen zugesagt. Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) und der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) stellten diese Vereinbarung als Teil des Kompromisses am 24. März 2013 der Öffentlichkeit vor.

Andere Bundesländer sollen Atommüll zwischenlagern

In dieser Vereinbarung sieht die SPD-Fraktion nicht nur ein Signal für einen fairen Lastenausgleich zwischen den Bundesländern, schließlich habe Niedersachsen bisher die Hauptlast der Entsorgung von Atommüll getragen. Vor allem sei die Einhaltung der Zusage eine wichtige vertrauensbildende Maßnahme für das weitere Gesetzgebungsverfahren. Denn so werde sichtbar, dass in Gorleben keine weiteren Fakten geschaffen und auch in anderen

Bundesländern Verantwortung für Atommüll übernommen werde. Bislang haben allerdings nur Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg beschlossen, ihren Teil der Verantwortung für den atomaren Abfall zu übernehmen. Doch das reicht nicht aus. Mindestens ein weiteres Land wie Hessen oder Bayern wird sich beteiligen müssen. Außerdem steht eine Verständigung mit den Energieversorgungsunternehmen zur Zwischenlagerung aus.

Standortauswahlgesetz längst nicht in trockenen Tüchern

Nun besteht nach jahrzehntelangem Streit und Stillstand die Chance, die Endlagersuche für hochradioaktiven Abfall konstruktiv und transparent zu lösen. Doch dazu müssen sich alle Beteiligten auch an die Vereinbarungen halten. Das will die SPD-Fraktion durch ihren Beschluss vom 14. Mai sicherstellen. Darin fordert sie die Bundesregierung auf, im Rahmen der 1. Lesung des Standortauswahlgesetzes im Deutschen Bundestag öffentlich zu erklären, dass die Zusage, keine Castoren aus Sellafield und La Hague mehr in Gorleben zwischenzulagern, eingehalten werde. Das Parlament solle unverzüglich über den Stand der Verhandlungen und der juristischen Prüfungen zur Verteilung der Zwischenlagerung von hochradioaktivem Müll während der Gesetzesberatung informiert werden. Vor der geplanten Anhörung im Unterausschuss des Bundestages sei eine Konzeption vorzulegen, wie die Zusage zur Zwischenlagerung rechtssicher umgesetzt werden könne. Die Voraussetzungen für eine rechtssichere Umsetzung sollten im Juni vor der 2./3. Lesung des Standortauswahlgesetzes geschaffen werden.

Die Zusage, keine Castorbehälter mehr nach Gorleben zu schicken, zeige auch, dass es keine Alternative zu einer ergebnisoffenen Endlagersuche gibt. Das gelte vor allem mit Blick auf die notwendigen Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat, heißt es im Beschluss der SPD-Fraktion. Für sie ist das Standortauswahlgesetz längst noch nicht in trockenen Tüchern.

Der Ministerpräsident von Niedersachsen, Stephan Weil, wies in der Debatte am 17. Mai darauf hin, „dass kein anderes Gesetzgebungsverfahren seit 40 Jahren umstritten ist, kein anderes müsse Sicherheit für eine Million Jahre schaffen, und bei keinem anderen Gesetz gehen Anspruch und Wirklichkeit so weit auseinander.“ Als Niedersachse wisse er, wovon er spreche; für alle anderen Länder sei die Endlagersuche abstrakt. Seit 30 Jahren bestehe der Konflikt um ein mögliches Endlager in Gorleben, und im Lager Asse II gefährde radioaktiver Müll das Grundwasser. Wer wissen möge, wie falsche Endlagerpolitik aussehe, der „wird in Niedersachsen fündig“, sagte Weil. Er trage den Gesetzentwurf als Kompromiss aus Überzeugung mit, nun trage die Bundesregierung dafür die Verantwortung, dass alle Vereinbarungen im Gesetz stehen und umgesetzt werden.

Für Gorleben galten keine Kriterien – die Entscheidung war politisch motiviert

Die SPD-Obfrau im Gorleben-Untersuchungsausschuss, Ute Vogt, machte darauf aufmerksam, dass die Entscheidung für Gorleben vor mehr als 30 Jahren nicht anhand von wissenschaftlichen Erkenntnissen getroffen worden sei. Diese seien vielmehr missachtet worden. Es habe keine Kriterien gegeben, sie seien dem angestrebten politischen Ergebnis jeweils angepasst worden. Deshalb sei es gut, dass nun vor der Endlagersuche Regeln und eine vergleichende Standortauswahl festgelegt worden seien, um das sicherstmögliche Endlager zu finden, sagte Vogt.

Öffentliches Forum zum Entwurf des Standortauswahlgesetzes

Vom 31. Mai bis zum 2. Juni wird das Bundesumweltministerium zusammen mit den an der politischen Einigung beteiligten Bundestagsfraktionen das Forum Standortauswahlgesetz zur Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in Berlin ausrichten. Dort haben alle Interessierten die Gelegenheit, ihre Ansichten und Anregungen zum Standortauswahlgesetz einzubringen, bevor das Gesetzgebungsverfahren in die entscheidende Phase tritt. Die Veranstaltung findet im Umweltforum Berlin in der Pufendorfstr. 11 in 10249 Berlin statt.

Mehr auf <http://www.spdfraktion.de/themen/keine-castortransporte-mehr-nach-gorleben>

AKTUELLE STUNDE

Altmaier: Netter Typ, bunte Show, keine Ergebnisse

Vor gut einem Jahr löste die Kanzlerin ihren Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) wegen Erfolglosigkeit ab. Peter Altmaier (CDU) sollte als neuer Umweltminister verhindern, dass das Missmanagement bei der Energiewende das Bundestagswahlergebnis verhagelt. Auf Verlangen der SPD-Fraktion fand am 16. Mai eine Aktuelle Stunde zur einjährigen Bilanz von Minister Altmaier statt.

Die Bilanz: „Netter Typ, bunte Show und praktisch keine Ergebnisse“, fasste SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber ein Jahr Altmaier zusammen.

Da schwärme einer von den Chancen der Erneuerbaren Energien, da betone einer die Wichtigkeit von Klimaschutz, da rede einer über biologische Vielfalt, und da beschwöre einer den Ressourcenschutz. Doch dann komme wieder die Methode Röttgen: „Nach den warmen Worten folgt nichts“, sagte Kelber. Noch schlimmer: Altmaier bremse die Erneuerbaren Energien aus. Er bekämpfe wichtige Instrumente des Klimaschutzes. Er folge dem Landwirtschafts- und dem Wirtschaftsministerium und tue nichts für die biologische Vielfalt und lege kein Wertstoffgesetz vor. Kelber sprach von einer „Nullbilanz“ Altmaiers.

Ein Umweltminister, der keine Umweltpolitik macht

Seit einem Jahr ist die Öffentlichkeit Zeuge des Dauerstreits von Altmaier und Wirtschaftsminister Rösler (FDP) und auch die Kanzlerin schaut diesem Treiben nur zu. Altmaier hatte bei Amtsantritt eine bessere Koordinierung der Energiepolitik angekündigt. Die bestand jedoch nur aus zwei Treffen der zuständigen Staatssekretäre – das ist mehr als mager. Ulrich Kelber gestand Altmaier zu, dass es eine Prüfung sei, mit Rösler Ergebnisse erzielen zu müssen. Doch er fragte sich, warum immer der Umweltminister nachgeben müsse. „Was hat die Umwelt von einem Umweltminister, der keine Umweltpolitik macht? Gar nichts“, stellte Kelber klar. Als „ein besonderes Bubenstück“ bezeichnete Kelber Altmaiers Strompreisbremse. Die Analyse in diesem Papier ist richtig: Nicht der Zubau der Erneuerbaren Energien treibt den Strompreis nach oben, sondern der Zusammenbruch der Preise am Strommarkt. Doch genau für dieses Problem habe Altmaier keinen Vorschlag, sondern er wolle den Zubau der Erneuerbaren bremsen, kritisierte Kelber. Der Umweltminister hatte sogar gedroht, der Preis für die Energiewende werde 1 Billion Euro kosten, wenn seine Vorschläge nicht umgesetzt werden. Wie er auf diese astronomische Summe kommt, will Altmaier öffentlich aber lieber nicht erklären, sondern nur mündlich unter vier Augen. Seine Strompreisbremse aber hat die Kanzlerin längst kassiert.

Aus Sicht der SPD-Fraktion ist der Zuwachs bei den Erneuerbaren Energien kein Problem, sondern die Chance und die Lösung für die Energiewende. Deshalb wollen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gegensatz zum Umweltminister auch nicht auf die Bremse treten. Die SPD-Fraktion will vor allem Privathaushalte mit geringen Einkommen bei der Stromsteuer entlasten. Das aber lehnt Altmaier ab.

Beim Thema Fracking versagt Altmaier auch

Von Altmaiers Zehn-Punkte-Programm „Umweltpolitik mit Ambition und Augenmaß“, das er vor gut einem Jahr als Hochglanzbroschüre vorlegte, wurde kaum etwas umgesetzt. Und die wenigen Punkte, die umgesetzt worden seien, gingen eher auf die Vernunft von SPD und Grünen zurück, sagte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Matthias Miersch. Er nannte das Thema Fracking, die Förderung so genannter unkonventioneller Erdgasvorkommen, als weiteres Beispiel für das Versagen des Umweltministers.

Seit Jahren verspricht Schwarz-Gelb eine gesetzliche Regelung zum Fracking, doch sie kommt nicht. Miersch warf Altmaier vor, als Umweltminister nicht die öffentliche Diskussion darüber zu führen, ob es Sinn macht in einem Land wie Deutschland „noch das Letzte aus dem Boden heraus zu pressen.“ Auch Altmaier kündigte ein Gesetz zum Fracking an. Erst hieß es, das Kabinett wolle darüber entscheiden, doch nur kurz danach wurde es von der Tagesordnung gestrichen. Auch die Unionsabgeordneten spüren den Druck in ihren Wahlkreisen, endlich etwas vorzulegen. Doch mehr als Fragmente eines Gesetzes gibt es nicht. Der neue Entwurf soll eine Länderklausel enthalten, die besagt, dass die Länder selbst über Fracking entscheiden sollen. Miersch zweifelte an der Verantwortung der Bundesregierung, denn nur eine bundeseinheitliche Regelung sei sinnvoll. Es gehe darum, Giftstoffe, die noch zur Fracking-Methode notwendig sind, im Grundwasser zu verhindern. Miersch wunderte sich, warum man sich nicht auf einen Konsens einigen könne. Das Thema Fracking sei ein Lehrbeispiel dafür, das Nichthandeln dazu führe, dass Fakten geschaffen würden, die der Bevölkerung und auch den nachfolgenden Generationen nicht gut tun. Das geht auch auf Altmaiers Konto.

Altmaier vergeigt den Emissionshandel – Klimaschutz war mal

Der klimapolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Frank Schwabe, bezeichnete Altmaier genauso wie dessen Vorgänger Röttgen als Opfer der Methode Merkel: des Lavierens, Aussitzens, Herumeierns und Nichtentscheidens.

Dabei war Altmaier angetreten, um dem Klimaschutz „Neuen Schwung“ zu geben. Das zentrale Element des europäischen Klimaschutzes, der Handel mit Verschmutzungszertifikaten liegt mittlerweile auf Grund des Preisverfalls auf dem Zertifikatemarkt am Boden. Das hat Deutschland maßgeblich zu verantworten. Der Umweltminister hatte zwar in seinem Zehn-Punkte-Plan eine „abgestimmte Position der Bundesregierung“ bis September 2012 zum Zertifikatehandel versprochen. Daran gehalten hat er sich nicht. Und warum ließ Altmaier zu, dass der Wirtschaftsminister verhindert, dass dieser Emissionshandel wieder funktioniert? Jetzt habe die Koalition auf Verschleppungstaktik geschaltet, sagte Schwabe, um zu verhindern, dass der Bundestag über den SPD-Antrag zum Backloading diskutiert. Backloading bedeutet, dass 900 Millionen Emissionszertifikate befristet vom Markt genommen werden, damit der Handel mit Verschmutzungsrechten wieder ein wirksames Klimaschutzinstrument wird. Altmaier sei nicht in der Lage, ein nationales Klimaschutzziel mit Maßnahmen zu unterlegen. Deutschlands Vorreiterrolle beim Klimaschutz ist längst verspielt.

Atomausstieg in Deutschland – international neue AKW finanzieren

Der SPD-Umweltpolitiker Marco Bülow kreidete Altmaier an, dass dieser nach der Zurücknahme der schwarz-gelben Laufzeitverlängerung und der Rückkehr zum rot-grünen Atomausstiegsbeschluss, mit der internationalen Atompolitik den Atomausstieg konterkarriere.

Wenn es zu einem GAU in einem der beiden maroden französischen Atomkraftwerke an der deutschen Grenze kommt, ist Deutschland am stärksten von der austretenden Radioaktivität betroffen. Deshalb hätten, sagte Bülow, längst Gespräche mit der französischen Regierung geführt werden müssen. Doch Altmaier handele nicht. Ebenso stehe es um Euratom. Hierzu hatte die SPD-Fraktion viele Anträge eingebracht, die den Umbau von Euratom zum Ziel haben. So soll Euratom neben der Atompolitik auch bei der Energieeffizienz und bei der Förderung der Erneuerbaren Energien aktiv werden. Anstatt hier voranzukommen, versorgt die Bundesregierung Länder wie Brasilien, das ein Atomkraftwerk in einem Erdbebengebiet bauen will, wieder mit Hermesbürgschaften. Rot-Grün hatte diese Atomförderung abgeschafft. Doch nun wird wieder deutsches Steuergeld für die AKW-Finanzierung missbraucht. Diese doppeldeutige Politik auch Altmaiers zeige, dass Schwarz-Gelb nichts dazu gelernt habe, befand Bülow. Außerdem warf er dem Umweltminister vor, keine Maßnahmen für die Energieeffizienz vorzusehen. Damit könnte schließlich innerhalb der EU der Energieverbrauch um zwei Drittel gesenkt werden.

Alle Redner der SPD-Fraktion stellten dem Umweltminister eine miserable Bilanz aus. Nicht ohne zu erwähnen, dass dies auch die magere Bilanz der Nichtmehrklimakanzlerin Merkel ist.

VERTEIDIGUNG

Debatte: „Hören Sie endlich auf die Soldaten!“

Die Bundeswehr ist in einem kritischen Zustand. Mehr als zwei Jahre dauert der Planungsprozess bereits. Unter dem Zwang der Haushaltskonsolidierung wurde die Wehrpflicht überhastet ausgesetzt. Das angekündigte Konzept zur Stärkung der Freiwilligenkultur gibt es bislang nicht. Gemeinden und Kommunen wurden bei der Schließung der Standorte weitestgehend allein gelassen. Die Regierung hat sich mit dem Versuch einer Reform der Bundeswehr übernommen. Der angesteuerte Kurs visierte unerreichbare Höhen und verfehlte dabei das Ziel, Gutes zu stärken und Schlechtes zu verbessern.

Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) hatte einen Bericht zur Reform der Bundeswehr vorgelegt, den er in einer Regierungserklärung an diesem Donnerstag dem Bundestag präsentierte. SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold bekräftigte in seiner Rede vor den Parlamentariern, dass es nicht um eine Neuerfindung der Bundeswehr gehe. Aber: „Die Neuausrichtung ist eine Mogelpackung“. Unterm Strich blieben weniger Geld und weniger Personal. Insbesondere auf die Herausforderung, künftig möglicherweise mehrere kleinere Einsätze gleichzeitig bewältigen zu müssen, gebe die Reform keine Antwort. Und auch Großgeräte seien nicht geprüft worden.

Arnold zitierte Angehörige der Bundeswehr, die sarkastisch fragten, wo man die von de Maizière vorgestellte Bundeswehr denn finde. Arnold konstatierte: „Ihr Vorgänger hat Ihnen eine Reformruine hinterlassen.“ Über die Probleme bei der Reform habe man das Parlament und die Ausschüsse im Dunkeln gelassen, dabei gebe es schon seit 2011 Schwierigkeiten. Vor allem das nun bekannt gewordene Drohnen-Debakel kritisierte Arnold heftig. Er warf dem Verteidigungsminister vor, das eigene Kabinett über die Probleme bei dem wichtigen Rüstungsprojekt getäuscht zu haben. Noch in dem vergangene Woche vom Kabinett gebilligten Zwischenbericht zur Bundeswehrreform sei die Beschaffung von fünf „Euro Hawks“ für die Bundeswehr sowie von vier ähnlichen „Global Hawks“ für die Nato vorgesehen gewesen. Arnold: „So gehen Sie mit Ihrem eigenen Kabinett um“. Und der Umgang mit dem Parlament in dieser Sache sei symptomatisch für de Maizières Umgang mit Menschen in der Bundeswehr („Der Mensch folgt den Aufgaben!“).

Bartels: „Kein vertrauensvolles Miteinander“

Alles, was der Minister tue, sei, von oben nach unten anzuordnen, wie er es als Beamter gewohnt sei. Arnold forderte: „Hören Sie endlich auf die Soldaten!“ Es gebe nämlich überhaupt kein Übergangsmanagementprojekt. Das Personal werde alleingelassen, die Soldaten müssten monatelang auf ihre Beihilfe warten. Hinzu komme, dass durch das Betreuungsgeld der Bundeswehr 1 Milliarde Euro fehle.

Hans-Peter Bartels empörte insbesondere, dass es beim Thema Drohnen „kein vertrauensvolles Miteinander“ gegeben habe. Die ganze Reform stehe unter keinem guten Stern. Sie sei „zu national gedacht“, beinhalte nicht den Gedanken an eine europäische Armee und belege keinerlei Absprachen mit anderen Ländern wie Polen oder England, wer wo welche Schwerpunkte legen wolle. Und von Sparen könne auch keine Rede sein, die Ausgaben stiegen. „Wir kritisieren nicht die steigenden Zahlen, sondern Ihre dröhnenden Ankündigungen – „dabei verschieben Sie nur Blöcke.“

Im Rahmen der Debatte stellte die SPD-Fraktion der Regierung in einer Großen Anfrage (Drs. 17/9620) u. a. die Frage, welche Maßnahmen die Bundesregierung mit Blick auf die demographische Entwicklung zur Gewinnung von qualifiziertem Personal für die Bundeswehr plane. Denn: „Sie lassen die Bundeswehr personell ausbluten“, so Arnold vor den Abgeordneten zu de Maizière. Weiterhin wird in dem Dokument etwa gefragt:

- Kann die Bundesregierung in dieser Hinsicht ein attraktives frühzeitiges Ausscheiden von Berufssoldatinnen und Berufssoldaten aus dem Dienst garantieren?
- Welche Initiativen sollen auf den Weg gebracht werden, um Angehörige von Einsatzsoldatinnen und Einsatzsoldaten künftig besser betreuen zu können?
- Wie sollen familienbedingte Abwesenheiten in der neuen Struktur der Bundeswehr kompensiert werden?
- Wo gedenkt die Bundesregierung den Ausbau der notwendigen 1000 Betreuungsplätze für Kinder von Bundeswehrangehörigen vorzunehmen, und wann soll der Ausbau abgeschlossen sein?
- Wie gedenkt die Bundesregierung im Rahmen ihrer strukturpolitischen Verantwortung, die Städte und Kommunen bei der Bewältigung des Konversionsprozesses zu unterstützen?

SCHWARZ-GELB

Gipfeln bis zum Total-Stillstand

Außer Gipfeln nichts gewesen – das bleibt als Quintessenz aus der Gipfelwut von Kanzlerin Angela Merkel.

In PR-süchtigem, hektischem Aktionismus hat die Regierungschefin vier Jahre lang ein Treffen nach dem anderen anberaumt. Kein Fachbereich wurde ausgelassen, kein Vorsitzender oder Chef sollte sich ausgeschlossen fühlen. Dafür wollte Merkel (CDU) die Statisten ihrer ewigen Gipfelleien einnebeln mit ihrer alles zersetzenden Attitüde der Kümmerin. Denn mehr als Staffage für publikumswirksame Inszenierungen im Kanzleramt ist keiner der Gäste gewesen. Also wurde geladen: zu IT-Gipfeln, zum Energiegipfel, zum Elektroautogipfel, zum Benziningipfel (man beachte die Reihenfolge!), zum Solargipfel, zum Familiengipfel, zu Integrations-, zum Demografie- und Pflegegipfel, ja sogar zu einem Zukunftsgipfel – was immer das sein soll.

Insgesamt 45 Gipfel zu 17 Themen hat das Kabinett Merkel bis dato einberufen, an mehr als 30 nahm die Kanzlerin persönlich teil (die internationalen Gipfel sind da nicht einmal hinzugerechnet). Aber weiß irgendjemand, was aus den „Ergebnissen“ geworden ist? Was kam denn nun dabei heraus? „Ihre Gipfel sind zahllos, aber immer ergebnislos“, konstatiert denn auch SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Und die mecklenburgische Sozialministerin Manuela Schwesig stellt klar: „Die Gipfelmanie der Regierung Merkel kennt keine Grenzen. Brauchbare Ergebnisse? Fehlanzeige. Der aktuelle Demografiegipfel verdeutlicht diese Misere. Die Probleme – angefangen beim Fachkräftemangel, drohender Altersarmut für Millionen von Menschen und steigendem Pflegebedarf – sind heute drängender denn je. Doch Schwarz-Gelb hat ganz offensichtlich keine brauchbaren Antworten – im Gegenteil.“

Es wird deutlich: Diese Regierung hat außer Ankündigungs- und Verzögerungsrhetorik nichts zu bieten. Damit manipuliert sie die Bürgerinnen und Bürger, suggeriert Handeln. Denn natürlich entsteht durch Aktionismus der Eindruck von Aktivismus. In Wahrheit wurden die Medien durch Inszenierungen getäuscht und das Land gelähmt durch eine Koalition, der Ämterpatronage, Klientelpolitik und Selbstbeschäftigung allemal wichtiger ist als die Zukunftsfähigkeit des Landes. Das alles eine einzige Gipfellei. Oder, um es mit Goethe zu sagen: Über allen Gipfeln ist Ruh.

PRESSE

CSU-Vetternwirtschaft schadet Demokratie

Vor der Hauptstadtpresse hat Thomas Oppermann die CSU für ihre Vettern- und Parteibuchwirtschaft aufs Schärfste kritisiert.

„Über das Ausmaß bin ich sprachlos“, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer. Minderjährige Kinder eines CSU-Abgeordneten in Bayern hätten durch die Anstellung im Büro des Vaters ihr Taschengeld vom Staat finanziert bekommen. Oppermann: „Die Griechen reiben sich verwundert die Augen bei soviel Nepotismus.“ Für ihn sthet fest: „Das schadet der parlamentarischen Demokratie insgesamt“. Er sieht das Vorhaben von CSU-Chef Horst Seehofer skeptisch, mithilfe von Theo Waigel einen Ehrenkodex erarbeiten zu lassen. „Wir brauchen keinen Kodex, sondern ordentliche Gesetze, die auch von den politischen Eliten eingehalten werden.“ Genau daran fehle es in der CSU, aber auch in der Schwarz-Gelben Koalition insgesamt.

Aufgrund der bodenlosen Parteibuchwirtschaft in Friedrichs Innenministerium und Niebels Entwicklungshilfeministerium werde die SPD-Fraktion zwei detaillierte schriftliche Anfragen stellen. Oppermann: „Wir verlangen eine Abstimmung über unsere Gesetzentwürfe zur Abgeordnetenbestechung. Wir werden nicht zulassen, dass die Koalition eine Abstimmung mit ihrer Geschäftsordnungsmehrheit verhindert“. Denn es sei ein Skandal, dass die Abgeordnetenbestechung noch immer nicht unter Strafe stehe.

Deutlich nachgefragt werde zudem bei Verteidigungsminister Thomas De Maizière (CDU). Das neueste Debakel aus seinem Haus, das gescheiterte Drohnenprojekt Euro-Hawk, sei ein „unerhörter Vorgang“. Zwar habe De Maizières Vorgänger Jung das Millionenprojekt angeschoben, aber De Maizière müsse sich dazu erklären. Rund 600 Millionen Euro Steuergelder sind mit dem Scheitern in den Sand gesetzt. „Ich bin entsetzt, dass der Bundestag davon nebenbei durch die Medien erfährt“, so Oppermann. Der Verteidigungsminister habe seine Arbeit nicht mehr im Griff. Oppermann verwies auf die Soldatenschelte durch den Minister, die Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien und die mangelhafte Umsetzung der Bundeswehrreform.

Oppermann warb erneut für eine doppelte Staatsbürgerschaft: „Wer in Deutschland geboren ist, soll auch Deutscher sein können, ohne seine Herkunft verleugnen zu müssen“, sagte er. Es sei ein unerträglicher Zustand, dass sich junge Menschen derzeit für eine Staatsangehörigkeit entscheiden müssten.

INNERES

Mehr Transparenz und Informationsfreiheit

Die SPD-Bundestagsfraktion will Informationsfreiheit stärken und mehr Transparenz schaffen. Ein einheitliches Informationszugangsgesetz soll bestehende Regelungen zusammenführen und proaktive Veröffentlichungspflichten für Behörden schaffen.

Transparenz stärkt die demokratischen Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger, bezieht Menschen mit ein, wirkt so der Staatsverdrossenheit entgegen und erschwert Manipulationen und Korruption. Der Zugang zu marktrelevanten Informationen für Verbraucherinnen und Verbraucher ist ein wichtiger der Baustein sozialer Marktwirtschaft.

Die SPD-Fraktion will mit dem „Informationsfreiheits- und Transparenzgesetz“ den Zugang zu Informationen vereinfachen und Stillstand durch Unwissenheit beenden. Der Gesetzentwurf (Drs. 17/13467) greift die Ergebnisse der 2012 erfolgten Evaluation auf und integriert das Verbraucher- und das Umweltinformationsgesetz in das allgemeine Informationsfreiheitsgesetz. Es enthält Regelungen zur aktiven Veröffentlichung von Verwaltungsdaten. Die Behörden sollen Informationen von sich aus veröffentlichen und sie so den Bürgerinnen und Bürgern einfach und kostenfrei in öffentlich zugänglichen Datenbanken zur Verfügung zu stellen.

Blogbeitrag von Lars Klingbeil zum Thema:
<http://blogs.spdfraktion.de/netzpolitik/2013/05/15/transparenz-als-grundeinstellung/>

Hohen Datenschutz in der EU sichern

Die Europäische Kommission hat am 25. Januar 2012 eine Datenschutzreform in Brüssel vorgestellt. Mit dem Richtlinienentwurf will sie EU-weit geltende Schutzstandards zur Datenverarbeitung bei der Verfolgung von Straftaten schaffen und zugleich die Zusammenarbeit der Polizei- und Justizbehörden verbessern.

Das grundsätzliche Ziel, einheitliche und hohe Datenschutzrichtlinien zu bestimmen, findet fraktionsweit breite Unterstützung. In einem Antrag (Drs. 17/13251) bekräftigt die SPD-Fraktion jedoch, dass grundlegende Überarbeitungen vor der Verabschiedung im Bundestag notwendig sind.

Allen voran sollte die Bundesregierung darauf hinwirken, dass der Schutz der Grundrechte von Bürgerinnen und Bürger im Strafverfahren nicht auf das niedrigste Niveau abgesenkt wird. Stattdessen sollen Mindeststandards einen möglichst hohen Datenschutz gewährleisten.

Der Entwurf der Richtlinie sieht unter anderem Informations- und Auskunftsrechte der Betroffenen vor. Grundsätzlich befürwortet die SPD-Fraktion diesen Vorschlag, allerdings werden die Rechte der Betroffenen durch sehr weitreichende Ausnahmen wieder erheblich eingeschränkt. Zudem sollen EU-Mitgliedstaaten nationale Regelungen treffen dürfen, die datenschutzfreundlicher als die EU-Richtlinie sind. Außerdem ist die Datenübermittlung an Drittländer einzugrenzen.

Die vorgesehenen Ausnahmeregelungen der Übermittlungsvorschriften in Drittländer oder an internationale Organisationen lassen nahezu jede Übermittlung zu. Einzelne Regelungen, die es den EU-Mitgliedstaaten ermöglichen, den Schutz der privaten Lebensgestaltung einzuschränken, müssen gestrichen werden. Schließlich dürfen nationale Grenzen des Datenaustauschs zwischen Nachrichtendiensten und Polizei nicht aufgeweicht werden.

RECHTSPOLITIK

Exorbitante Managergehälter begrenzen

Managergehälter sind in Deutschland zum Teil so hoch, dass ein sinnvoller Zusammenhang zwischen Leistung und Einkommen nicht mehr erkennbar ist.

Vor 25 Jahren erhielt der Vorstand eines Dax-Unternehmens etwa das 14-Fache eines durchschnittlich verdienenden Arbeitnehmers. Heute ist es mehr als das 70-Fache, in Einzelfällen bekommen Vorstandsvorsitzende mehr als das 300- bis 400-Fache. In extremen Fällen haben Manager nach erheblicher Kritik der Bevölkerung, der Politik und sogar aus Wirtschaftskreisen auf vereinbarte Gehälter und Abfindungen verzichtet, weil derartige Summen

weder vertretbar noch erklärbar waren. Unumstritten ist: Die Vorstandsvergütung großer Unternehmen hat sich in den vergangenen drei Jahrzehnten von der allgemeinen Lohnentwicklung vollständig abgekoppelt. SPD-Fraktionsvize Christine Lambrecht sagt: "Die Gier muss ein Ende haben und darf nicht durch Regelungen wie Schwarz-Gelb sie umsetzen will befördert werden". Der Aufsichtsrat müsse verpflichtet werden, die variablen Gehaltsbestandteile "auch an sozialen, ökologischen und ökonomisch nachhaltigen Kriterien zu orientieren, fordert sie.

Gehälter sollten leistungs- und marktgerecht sein

2009 trat das "Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung" in Kraft, das in Teilbereichen durchaus Wirkung zeigte. Und doch konnte das unangemessene Ansteigen der Gehälter nicht verhindert werden. Deshalb ist es wichtig, von vornherein auf Vergütungen einzuwirken. Gehälter sollten leistungs- und marktgerecht sein und kurzfristige risikoreiche Entscheidungen finanziell unattraktiv machen. Sie sollen zu nachhaltiger Unternehmensführung motivieren, für die Beschäftigten tragbar sein und vom Steuerzahler nicht unbegrenzt mitfinanziert werden.

Die Bundesregierung wurde daher in dieser Woche in dem SPD-Antrag "Exorbitante Managergehälter begrenzen" (Drs. 17/13472) aufgefordert, sicherzustellen, dass die Managergehälter in Zukunft angemessen und transparent sind. „Wir wollen die Höhe der Gehälter nicht vorschreiben“, so der Parlamentarische Geschäftsführer Thomas Oppermann. Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter sollen im Aufsichtsrat eine Höchstgrenze für das Verhältnis zwischen der Vorstandsvergütung und dem durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommen beschließen. Börsennotierte Unternehmen müssen die beschlossenen Maßstäbe veröffentlichen. Des Weiteren gilt das Maximalverhältnis zwischen Grundgehalt und Boni festzulegen. Vorstands-, Managergehälter, Boni und Abfindungen können nur bis 500.000 Euro steuerlich abgesetzt werden. Beträge, die darüber hinaus gehen, sollen nur zu 50 Prozent absetzbar sein.

Akteneinsicht beim Bundesverfassungsgericht neu regeln

Das Bundesverfassungsgericht ist eines der deutschen Verfassungsorgane. Seine wegweisenden Entscheidungen prägten die Demokratisierung der Bundesrepublik in der Nachkriegszeit. Die Aufarbeitung der Geschichte des Bundesverfassungsgerichts und seiner Beschlüsse ist für das Verständnis einer stabilen Demokratie und ihre Entwicklung entscheidend.

Um Forschungsanliegen zu unterstützen, sollen Wissenschaftler leichter in die Aktenbestände des Bundesverfassungsgerichts einsehen können. Deshalb bedarf es einer Reform der Rahmenbedingungen im Bundesverfassungsgerichtsgesetz. Eine Sonderregelung legt fest, dass nach 30 Jahren archivrechtliche Regelungen gelten sollen. Besondere Dokumente, wie Entscheidungsvorschläge, sollen mit Blick auf das Beratungsgeheimnis des Gerichts jedoch geschützt bleiben. Hier gelten archivrechtliche Bestimmungen erst 60 Jahre nach Abschluss des Verfahrens. Die in einem gemeinsamen Gesetzentwurf mit CDU/CSU und FDP vorgeschlagenen Ergänzungen (Drs. 17/13469) verbessern die Bedingungen für Wissenschaft und Forschung.

ARBEIT

Betriebsräte stärken – Mitbestimmung modernisieren

Ziel des Betriebsverfassungsgesetzes ist der Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Kontrolle eines möglichen Machtmissbrauchs durch Unternehmer. Verhandlungen auf Augenhöhe zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite sind verknüpft mit der Idee einer Wirtschaftsordnung, die demokratisch und mitbestimmt funktionieren soll.

Neu organisierte Beschäftigungsmodelle in der Arbeitswelt entziehen sich weitestgehend der betrieblichen Mitbestimmung. Leiharbeit wird missbraucht, um ganze Stammbesellschaften zu ersetzen. Werkverträge mit dem Ziel, arbeitsrechtliche Bestimmungen zu umgehen, nehmen zu. Und auch die Anzahl befristeter Arbeitsverträge, die die Grundlage des Mitbestimmens untergraben, steigt. Längere Lebensarbeitszeiten, eine zunehmend als belastend empfundene Arbeitswelt und eine im Durchschnitt ältere Belegschaft sorgen dafür, dass Arbeitsplätze oft individueller und sorgsamer gestaltet werden sollten. Die Anforderungen des lebenslangen Lernens und der Weiterbildung werden gestellt, ohne dass den Betriebsratsgremien in ausreichendem Maß Mitsprache eingeräumt wird.

Diese veränderten Ansprüche und neuen Herausforderungen verlangen nach einer umfassenden Anpassung der betrieblichen Mitbestimmung an die aktuellen Entwicklungen. Die SPD-Fraktion hat in einem Antrag (Drs. 17/13476) konkrete Lösungen für einen entsprechenden Gesetzentwurf benannt. Mitbestimmung darf nicht umgangen werden, indem anständige Arbeitsplätze durch prekäre ersetzt werden. Die Rechte des Betriebsrats im Hinblick auf Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmer und auf die Beschäftigten anderer Unternehmen sind daher zu stärken. Zudem soll der Verlust der Arbeitsfähigkeit besser geschützt werden. Im Interesse aller sollte die physische und psychische Gesundheit von Arbeitnehmern vor übermäßiger Belastung gesichert werden. Deswegen: Mehr Mitbestimmung in Angelegenheiten von Fremdpersonal und Leiharbeit, der Gesundheit und Weiterbildung, der Teilzeitbeschäftigung. Zudem sollte das vereinfachte Wahlverfahren nach § 14a BetrVG für Betriebe mit bis zu 100 Arbeitnehmern geöffnet werden. So wird das Verfahren für Kleinbetriebe unkomplizierter gestaltet.

BILDUNG

SPD-Fraktion will Ganztagsschulprogramm 2.0

Mit ihrem „Projekt Zukunft – Deutschland 2020“ hat die SPD-Bundestagsfraktion in den letzten drei Jahren Lösungsvorschläge für drängende Zukunftsaufgaben erarbeitet. Zwei Schwerpunktprojekte widmeten sich den Themen Bildung und Integration. Beide Politikfelder sind eng miteinander verschränkt: Gleiche Chancen auf gute Bildung sind die entscheidende Grundlage für eine selbstbestimmte Zukunft unserer Kinder. Und Integration gelingt am besten dort, wo alle Menschen die gleichen Chancen auf Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe haben.

Die Ergebnisse der beiden Projekte haben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten jetzt in den Bundestag eingebracht (Drs. 17/13482, 17/13483). Eine der Kernforderungen: ein Acht-Milliarden-Programm für neue Ganztagschulen. Ziel ist ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen in Deutschland. Bis 2020 soll jedes Kind einen Platz in einer Ganztagschule finden können.

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier erinnerte an das Ganztagsschulprogramm, das die rot-grüne Bundesregierung vor zehn Jahren aufgelegt hatte. Der Bund hatte den Ausbau der Ganztagschulen in den Ländern damals mit 4 Milliarden Euro unterstützt und damit eine Verdreifachung der Ganztagsschulangebote innerhalb eines Jahrzehnts bewirkt – ein „Durchbruch“, wie Steinmeier sagte.

Dennoch ist das Ziel eines flächendeckenden Angebots noch nicht erreicht. „Wir brauchen ein Ganztagsschulprogramm 2.0“, so Steinmeier. Dabei müsse ein starker Akzent auf die Betreuungs- und Bildungsqualität gesetzt werden. Denn qualitativ hochwertige Ganztagsangebote schaffen Raum und Zeit für eine bessere individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler – unabhängig von ihrer Herkunft. Sie sind ein wichtiger Beitrag für mehr Chancengleichheit in der Bildung und für gelingende Integration.

„Herkunft darf kein Schicksal sein“

Aydan Özoguz erinnerte in der Debatte an das Aufstiegsversprechen durch Bildung – und mahnte: „Herkunft darf kein Schicksal sein.“ Gerade im Einwanderungsland Deutschland sei es wichtig, sich um mehr Ausbildungsgarantien, Weiterbildungsmöglichkeiten und frühe Sprachförderung aller Kinder zu kümmern.

Um das zu ermöglichen und ein neues Ganztagsschulprogramm aufzulegen, fordert die SPD-Bundestagsfraktion, das so genannte Kooperationsverbot im Grundgesetz abzuschaffen und so den Weg für eine engere Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Bildungspolitik frei zu machen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung und die CDU-geführten Bundesländer lehnen das ab.

Der Thüringer Kultusminister Christoph Matschie appellierte daher an Bund und Länder, in der Bildungspolitik an einem Strang zu ziehen: „Es ist höchste Zeit für eine gemeinsame Kraftanstrengung über die Parteigrenzen hinweg.“ Auch SPD-Fraktionchef Steinmeier nannte das Kooperationsverbot einen Fehler: „In der Praxis taugt es nicht, die Menschen verstehen es nicht. Es ist ein in Verfassungsrecht gegossener Irrtum.“

Bildung – so Steinmeier – sei der Schlüssel für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und für die Zukunft unserer Kinder, aber auch für die wirtschaftliche Stärke unseres Landes. Deshalb zahlten sich Investitionen in Bildung am Ende aus. Wer aber Investitionen in Bildung ernsthaft wolle, „für den darf auch der Spitzensteuersatz kein Tabu sein“, sagte Steinmeier. In den Worten von John F. Kennedy ergänzte er: „Es gibt nur eine Sache, die teurer ist als Bildung: keine Bildung!“

MENSCHENRECHTE

Iran verletzt systematisch die Religionsfreiheit

Die Situation für die Baha'i im Iran ist schon seit Jahrzehnten schwierig. Bereits Anfang der 1980er-Jahre wurde die Religionsgemeinschaft, die ihre Wurzeln im Iran hat, offiziell verboten. Aktuell sind 115 Baha'i wegen der Ausübung ihres Glaubens inhaftiert, vielen weiteren droht Haft. Die Lage der Gläubigen hat sich seit den umstrittenen Präsidentschaftswahlen 2009 verschärft, die SPD-Fraktion fordert daher die Bundesregierung zu weiterem Handeln auf.

Aktuell leben im Iran rund 300.000 Baha'i, damit bilden sie die größte religiöse Minderheit im Land. Allerdings wird sie gemäß der Verfassung nicht als solche anerkannt und ist damit den Repressalien der Regierung schutzlos ausgeliefert. Der im März 2011 eingesetzte UN-Sonderberichterstatter zur Beobachtung der menschenrechtlichen Situation, Ahmed Shaheed, stellt in seinem aktuellen Bericht fest, dass die Religionsfreiheit „systematisch, fortdauernd und

unvorstellbar verletzt“ werde. Lange Inhaftierungen, Folter und Hinrichtungen würden mit der Religionszugehörigkeit der Angeklagten begründet. Betroffen sind neben Christen und sunnitischen Muslimen vor allem die Baha'i. Die iranische Regierung verdrängt sie aus dem gesellschaftlichen und politischen Leben, so werden die Baha'i zum Beispiel vom höheren Bildungssystem ausgeschlossen.

Abgelehnt wird die Glaubensgemeinschaft unter anderem auch aufgrund ihrer Werte. Die Bah'i sind kosmopolitisch und demokratisch ausgerichtet, Frauen und Männer sind bei ihnen gleichberechtigt. Diese Einstellung verstärkt die Ablehnung durch die autoritären Machthaber Irans.

In ihrem Antrag (Drs. 17/13474) fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, die Menschenrechtsverletzungen bilateral und international zu thematisieren und sich für eine Verbesserung der Lage einzusetzen. Unter anderem sei die iranische Regierung aufzufordern, den Menschenrechtsdialog mit der EU wieder aufzunehmen und die ratifizierten UN-Verträge, wie den Zivil- und Sozialpakt, einzuhalten. Mitglieder der iranischen Baha'i sollen zudem als Gruppenverfolgte in Deutschland aufgenommen werden können. Die Baha'i müssen im Iran endlich als religiöse Minderheit anerkannt werden, damit die Unterdrückung und Diskriminierung der Menschen ein Ende findet.

AUSSENPOLITIK

EU-Operation Atalanta nicht ausweiten

Die EU-Operation Atalanta bekämpft Piraterie vor der Küste Somalias. Sie wurde unter SPD-Regierungsbeteiligung erstmals 2008 mandatiert. Vergangenes Jahr hat die SPD das Mandat nicht mehr unterstützt, da die Bundesregierung das Einsatzgebiet auf den somalischen Küstenstreifen erweitert hatte. Der militärische Nutzen dieser Erweiterung schien mehr als zweifelhaft, da es für die Piraten leicht sein würde, vor Angriffen ins Hinterland auszuweichen. Gleichzeitig bestand die Gefahr, dass unbeteiligte Zivilisten ins Visier geraten würden.

Die Bundesregierung hat nun einen Antrag zur weiteren Beteiligung der Bundeswehr an der erweiterten Atalanta-Mission gestellt. Da im letzten Jahr nur einmal Ziele an der somalischen Küste angegriffen wurden, haben die Militärs vor Ort anscheinend keine Notwendigkeit für weitere Einsätze gesehen. Daher hatten die Sozialdemokraten gute Gründe, bei ihrer Haltung zu bleiben und der Mandatsausweitung am Donnerstag nicht zuzustimmen.

SPD stimmt EU-Beitritt von Kroatien zu

Der Bundestag hat am 16. Mai 2013 dem EU-Beitritt Kroatiens zugestimmt. Es gab keine Nein-Stimmen und nur sechs Enthaltungen. Am 1. Juli 2013 wird Kroatien das 28. Mitglied der europäischen Union. Damit ist Kroatien nach Slowenien die zweite Teilrepublik des ehemaligen Jugoslawiens, die der EU beitrifft.

Der SPD-Europapolitiker Dietmar Nietan betonte, dass es gerade vor dem Hintergrund der Euroskepsis in einigen EU-Gründungsländern positiv sei, dass sich die Menschen in Kroatien über die EU-Mitgliedschaft freuen. Mit keinem EU-Beitrittskandidaten sei so intensiv, lange und hart verhandelt worden wie mit Kroatien. Das war eine Konsequenz aus den Fehlern, die beim EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien gemacht worden seien. Der Monitoringbericht der EU vom 26. März 2013 habe gezeigt, dass Kroatien die geforderten Kriterien erfüllt habe. „Aber Kroatien darf die Reformen jetzt nicht abbrechen“, forderte Nietan. Denn es sei noch viel zu tun

bei der Korruptionsbekämpfung, der organisierten Kriminalität und bei der Wettbewerbsfähigkeit Kroatiens.

Kroatien übernimmt Vorbildfunktion für den westlichen Balkan

Der stellvertretende Vorsitzende der deutsch-kroatischen Parlamentariergruppe und SPD-Arbeitspolitiker Josip Juratovic ist überzeugt, dass der lange EU-Beitrittsprozess die kroatische Gesellschaft habe reifen lassen. Kroatien werde durch diese Reife nun selbständig mit seinen Herausforderungen umgehen können. Das Land übernehme eine Vorbildfunktion für andere Staaten des westlichen Balkans. „Kroatien zeigt, dass es sich lohnt, Reformen durchzuführen“, stellte Juratovic fest. Das Land könne nun eine aktive Vermittlerrolle zwischen EU und dem westlichen Balkan einnehmen. Es sei ein Garant für Frieden und Stabilität in Südosteuropa. Dass sich die SPD-Fraktion für die sofortige Arbeitnehmerfreizügigkeit für die Menschen in Kroatien ausgesprochen habe, begründete Juratovic damit, dass Freiheit nicht nur für Märkte und Kapital gelte, sondern vor allem für die Menschen. „Jeder in der EU soll die gleichen Rechte und Chancen auf Arbeit haben“, sagte er.

Zivilgesellschaft in Beitrittsprozessen stärker beteiligen

Die SPD-Fraktion will die Zivilgesellschaft stärker an EU-Beitrittsprozessen beteiligen. Dazu hat sie einen Antrag (Drs. 17/12821) vorgelegt, der im Rahmen der Beitrittsdebatte abschließend beraten wurde. Für eine bessere Beteiligung der Zivilgesellschaft an EU-Beitrittsverfahren soll sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene einsetzen. Dazu sollen die Beitrittsverhandlungen transparenter als bisher gestaltet werden. So sollen die geltenden Maßstäbe (Benchmarks) jedes einzelnen Bereichs veröffentlicht werden, und die Regierungen sollen ihre Aktionspläne zur Erfüllung der Anforderungen veröffentlichen. Außerdem soll sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass Gespräche mit Kroatien über die Einrichtung einer Kommission aus Parlamentsvertretern und Zivilgesellschaft geführt werden. Diese Kommission soll die Implementierung von Reformen im Rahmen des EU-Beitritts auf nationaler Ebene begleiten und überprüfen. Dieser Vorschlag wurde von der kroatischen Zivilgesellschaft vorgebracht. Die kritisch-konstruktive Begleitung des Beitrittsprozesses durch die kroatische Zivilgesellschaft hat entscheidend zu dessen Erfolg beigetragen.

Ebenso abschließend beraten wurde der SPD-Antrag „EU-Beitritt der Republik Kroatiens zum Erfolg führen“ (Drs. 17/12182). Darüber haben wir im Newsletter vom 1. Februar 2013 und im Internet bereits berichtet.

KINDER

Intersexuelle Menschen wollen selbst entscheiden

Intersexuelle Menschen müssen endlich als ein gleichberechtigter Teil unserer vielfältigen Gesellschaft anerkannt werden. Als intersexuell gelten Menschen, deren Geschlecht nicht oder nicht eindeutig zugeordnet werden kann. Ihre Chromosomen bzw. ihre inneren und äußeren Geschlechtsorgane stimmen weder mit dem männlichen noch mit dem weiblichen Geschlecht überein.

In der Regel werden intersexuelle Menschen im Säuglings- und Kindesalter mehrfach Operationen unterzogen, damit sie zum Jungen oder zum Mädchen werden. Viele von ihnen leiden ihr ganzes Leben lang physisch und psychisch unter den Folgen dieser Operationen.

Jährlich werden laut Studien zwischen 150 und 340 Kinder geboren, deren Geschlecht nicht eindeutig ist. 2011 übergaben Interessenverbände intersexueller Menschen dem UN-Ausschuss zur Überwachung des „Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Diskriminierung von Frauen“ einen so genannten Schattenbericht zur Situation intersexueller

Menschen in Deutschland. Der UN-Ausschuss forderte die Bundesregierung auf, Maßnahmen zum Schutz intersexueller Menschen zu ergreifen. Die Regierung ließ daraufhin den Ethikrat eine Stellungnahme erarbeiten. Diese benennt die Menschenrechtsverletzungen an intersexuellen Menschen.

Intersexuelle Menschen dürfen nicht länger in ihren Menschen- und Bürgerrechten eingeschränkt und gesellschaftlich ausgegrenzt werden. Ihr Recht auf körperliche Unversehrtheit, auf Selbstbestimmung und Nicht-Diskriminierung darf nicht weiter verletzt werden. Dazu hat die SPD-Fraktion ihren Antrag „Rechte intersexueller Menschen stärken“ (Drs. 17/13253) in den Bundestag eingebracht.

Operationen nur, wenn Betroffene einwilligen

Zentrale Forderung des Antrages ist ein Verbot geschlechtszuweisender und -anpassender Operationen, wenn die Betroffenen noch nicht einwilligungsfähig sind. Danach soll eine stellvertretende Einwilligung der Eltern in irreversible, geschlechtszuweisende Eingriffe nur noch in lebensbedrohlichen Notlagen oder durch eine medizinische Indikation zulässig sein. Die medizinische Indikation muss von einem qualifizierten interdisziplinären Kompetenzzentrum zur Diagnostik und Behandlung bestätigt werden. Intersexuelle Menschen sind stets in ein solches Kompetenzzentrum zu vermitteln. Wenn intersexuelle Kinder und Jugendliche eine Operation wünschen, soll dem entsprochen werden. Gemeinsam mit den Ländern, den Kommunen und der Ärzteschaft sowie den Antidiskriminierungsstellen des Bundes und der Länder soll ein unabhängiges Beratungs- und Betreuungsangebot für Betroffene und ihre Eltern geschaffen werden. Dabei sind die Selbsthilfeeinrichtungen der Betroffenenverbände einzubeziehen. Die Änderung von Vornamen und der Geschlechtskategorisierung soll vereinfacht werden. Außerdem soll das Thema Intersexualität in die Ausbildung von ÄrztInnen, LehrerInnen, ErzieherInnen sowie Fachkräften in Verwaltung, Sport, Polizei und Justiz aufgenommen werden.

Ein ursprünglich geplanter Antrag aller Bundestagsfraktionen ist durch Schwarz-Gelb nicht zustande gekommen. Deshalb haben alle Oppositionsfraktionen eigene Anträge vorgelegt, die sich lediglich in Details unterscheiden.

Gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen

Der 14. Kinder- und Jugendbericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland liefert ein umfassendes Bild. Der Bericht belegt, dass Familien einem enormen Wandel ausgesetzt sind. Vor diesem Hintergrund habe eine Verschiebung hin zu einer stärker wahrgenommenen, öffentlichen Verantwortung für Familien und insbesondere für junge Menschen stattgefunden.

Laut dem Bericht stehen die folgenden Ziele im Vordergrund: gleiche Lebenschancen herzustellen und herkunftsbedingte Ungleichheit durch die Förderung junger Menschen „von Anfang an“ abzubauen. Außerdem sollen junge Menschen zur gesellschaftlichen Teilhabe in ihrer Entwicklung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten gefördert werden. Dazu seien die strukturellen Rahmenbedingungen, die es Eltern erlauben, ihre Kinder optimal zu fördern und den Kindern und Jugendlichen Chancen auf Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen, zu schaffen.

Der Bericht macht deutlich, dass bei dem Ausbau und der Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur für Eltern, Kinder und Jugendliche weitere Anstrengungen erforderlich sind, um bestehende soziale Ungleichheiten abzubauen. Nach wie vor bestimmt in Deutschland die soziale Herkunft in hohem Maße die Lebenschancen eines jungen Menschen.

Als erste Fraktion im Bundestag bringt die SPD einen Antrag (Drs. 17/13473) ein, der die Bundesregierung auffordert, Konsequenzen aus dem 14. Kinder- und Jugendbericht zu ziehen. Eben dieser Bericht soll die Grundlage für künftige gesetzliche und untergesetzliche Maßnahmen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sein. Der SPD-Antrag wurde am 16. Mai im Parlament diskutiert. Ebenfalls debattiert wurde der SPD-Antrag „Mit einer eigenständigen Jugendpolitik Freiräume schaffen, Chancen eröffnen, Rückhalt geben“ (Drs. 17/12063). Über die Inhalte dieses Antrags berichteten wir im Newsletter vom 17. Januar 2013 und auf www.spdfraktion.de.

Kinderrechte ins Grundgesetz

Des Weiteren sollen endlich die Kinderrechte im Grundgesetz verankert werden. Die Gesetzgebung soll umfassend und ständig dahingehend überprüft werden, inwieweit die Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention eingehalten werden. Danach müssen sie mit dem Vorrang des Kindeswohls in Einklang stehen. Die Bundesregierung soll prüfen, wie die Funktion einer Ombudsperson mit eigenen Rechten und eigenem Etat geschaffen werden kann. Sie soll die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention überwachen und vorantreiben. Die Verbesserung der Situation Minderjähriger im Aufenthalts- und Asylverfahren soll unterstützt werden.

Tag der Kinderbetreuung: Ein Dank an alle, die in der Kinderbetreuung arbeiten

Erzieherinnen, Erzieher, Tagesmütter und -väter kümmern sich jeden Tag darum, dass Kinder zum Spielen mit Gleichaltrigen zusammenkommen und dass sie gemeinsam immer wieder Neues entdecken und dazulernen. Dadurch wird den Kindern auch der Start ins Schulleben erleichtert. Und all das lässt die Eltern Beruf und Familie besser unter einen Hut bekommen.

„Der Tag der Kinderbetreuung erinnert auch daran, wie gesellschaftspolitisch wichtig die Arbeit der in der Kindertagesbetreuung Tätigen ist. Durch frühe Förderung können Benachteiligungen von Kindern ausgeglichen und somit mehr Chancengleichheit von Anfang an erreicht werden“, sagt die familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Caren Marks. Die Anforderungen der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien in den letzten Jahren gestiegen. Die Bezahlung hinke aber hinterher. „Hier geht es um wichtige Berufe mit einer hohen gesellschaftlichen Bedeutung. Deshalb muss die Arbeit der Menschen in der frühkindlichen Bildung und Betreuung aufgewertet und besser bezahlt werden“, fordert SPD-Fraktionsvizein Dagmar Ziegler.

Die SPD-Fraktion will das Angebot an Kindertagesstätten und der Tagespflege bedarfsgerecht ausbauen und auch für eine bessere Betreuungsqualität sorgen. Deshalb wollen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten das kontraproduktive, schwarz-gelbe Betreuungsgeld wieder abschaffen. Die rund 2 Milliarden Euro, die dafür mittelfristig anfallen werden, sollen komplett in Kitas und Tagespflege investiert werden.

Außerdem will die SPD-Fraktion, dass Bildung von der Kita bis zur Hochschule gebührenfrei ist. Nur so kann Chancengleichheit entstehen. Deshalb ist es ihr Ziel, dass auch der Kita-Besuch gebührenfrei wird. Der Ausbau der Kinderbetreuung soll mit einer Fachkräfteoffensive für Erzieherinnen und Erzieher unterstützt werden.

VERANSTALTUNGEN

Partner der Realwirtschaft

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Frank-Walter Steinmeier hat am Dienstag, dem 7. Mai 2013, gemeinsam mit den SPD-Wirtschaftspolitiker/innen Rolf Hempelmann, Rita Schwarzelühr-Sutter und Andrea Wicklein mehrere Unternehmen in München und im Wahlkreis des stellvertretenden wirtschaftspolitischen Sprechers Klaus Barthel besucht – vom erfolgreichen kommunalen Unternehmen in öffentlicher Hand über einen deutschen „Global Player“ bis zum innovativen Mittelständler.

Die Tour begann bei den Stadtwerken München (SWM). Eines der zentralen Themen bei den Gesprächen mit dem Vorsitzenden der SWM Geschäftsführung, Dr. Florian Bieberbach, dem Experten für Arbeit und Wirtschaft der Stadt München, Dieter Reiter, und Mitgliedern des Betriebsrates war die Energiewende. Im Fokus standen die maßgebliche Rolle kommunaler Unternehmen bei deren Umsetzung und die politischen Hindernisse, die den Weg zur umweltfreundlichen Energiegewinnung in Deutschland derzeit erschweren.

Nach einer Fahrt mit einem Hybridbus der Münchner Verkehrsgesellschaft ging es weiter zum Paketzentrum der Deutschen Post DHL in Aschheim. Das Frachtzentrum ist einer der größten Hauptumschlagplätze für Pakete in Deutschland. Gemeinsam mit dem Münchener Oberbürgermeister, Christian Ude, dem SPD-Fraktionsvorsitzenden im bayerischen Landtag, Markus Rinderpacher, und der Generalsekretärin der BayernSPD, Natascha Kohnen, informierten sich Frank-Walter Steinmeier und die SPD-Abgeordneten über aktuelle Entwicklungen auf dem Brief- und Paketmarkt. Bei den Gesprächen mit Vorstandsvertretern, Betriebsräten und Beschäftigten standen die Themen Fachkräftesicherung und Arbeitsbedingungen im Mittelpunkt. Es wurde einmal mehr deutlich, dass es einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn braucht, auch um die Wettbewerbsbedingungen in der gesamten Postbranche zu verbessern.

Wirtschaftspolitische Positionen der SPD diskutiert

Zuguterletzt wurde ein Unternehmen besucht, das man als Vertreter dessen bezeichnen kann, was im Ausland respektvoll „German Mittelstand“ genannt wird. Der deutsche Mittelstand zeichnet sich durch ein hohes Maß an Innovationsfähigkeit, Flexibilität und seine regionale Verbundenheit bei gleichzeitiger internationaler Wettbewerbsfähigkeit aus. All das trifft auch auf die Ultratronik GmbH zu, ein High-Tech-Unternehmen, das von Vater und Sohn, Wolfgang und Alexander Sorg, gemeinsam geführt wird. Nach einem Unternehmensrundgang gab es bei einem Gespräch, an dem auch der Bürgermeister der Gemeinde Gilching, Manfred Walter, und regionale Wirtschaftsvertreter teilnahmen, Gelegenheit, über wirtschaftspolitische Positionen der SPD zu diskutieren. Frank-Walter Steinmeier verwies auf die Reformerfolge sozialdemokratischer Regierungspolitik und stellte das jüngst von der SPD-Bundestagsfraktion beschlossene Mittelstandskonzept vor – zu finden auf www.spdfraktion.de.

Sowohl die letztjährige Informationsreise von Frank-Walter Steinmeier und der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie nach Rheinland-Pfalz als auch die Unternehmensbesuche in Bayern haben gezeigt: Die deutsche Wirtschaft ist mit ihren Chancen und mit ihren Sachfragen bei der SPD an der richtigen Adresse. Die SPD ist und bleibt der verlässliche Partner der Realwirtschaft.

Netzpolitik ist ein gesellschaftliches Querschnittsthema

Einen zweitausend Seiten starken Bericht hat die Internetenquete aus ihren Sitzungen der vergangenen Legislaturperiode erarbeitet. Darin finden sich zahlreiche Handlungsempfehlungen für die politischen Querschnittsbereiche, die der digitale Wandel betrifft. In der nächsten Legislatur wartet viel Arbeit auf die Netzpolitiker. Denn Netzpolitik betrifft nicht nur das Internet, sie streift wichtige Aufgaben im Arbeitsmarkt, in der Verbraucherpolitik, in der Wirtschaft und im Alltag der Bürgerinnen und Bürger. Über das, was sozialdemokratische Netzpolitik nach Abschluss der Enquete bewegt, diskutierten am Donnerstagnachmittag etwa 50 Expertinnen und Experten bei einem Workshop der Friedrich-Ebert-Stiftung und der SPD-Bundestagsfraktion.

Lars Klingbeil, netzpolitischer Sprecher der Fraktion, zieht eine positive Bilanz für seinen Arbeitsbereich. Das Thema habe sich etabliert, so der Abgeordnete, nun müssten von September an dringend netzpolitische Konzepte umgesetzt werden, wie zum Beispiel eine Reform des Urheberrechtes, die Schwarz-Gelb vier Jahre lang unangetastet gelassen hat. Alvar Freude, als Experte in der Enquete, sagt, dass eine Weiterentwicklung des Urheberrechtes eine schwierige Diskussion werde, denn hier müssen zahlreiche Interessen zum Ausgleich gebracht werden. Freude hofft auf eine bürger- und netzfreundliche Lösung, denn insbesondere das Vorgehen bei Abmahnungen im Bereich illegaler Downloads wird der digitalen Realität nicht gerecht. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, gegen die massenhaften und überzogenen Abmahnungen vorzugehen und Familien zu schützen.

Kein eigenes Internetministerium

Trotz der zahlreichen Aufgaben spricht sich Lars Klingbeil gegen ein eigenes Internetministerium aus, das von verschiedenen Seiten in den vergangenen Monaten immer wieder thematisiert worden ist. Eine koordinierende Stelle, wie etwa ein Staatsminister im Kanzleramt, erachtet er jedoch für sinnvoll. In der späteren Podiumsdiskussion sind die Teilnehmenden sich weitgehend einig über die Interdisziplinarität der Netzpolitik und die Idee, dass sie in vielen Politikfeldern Einzug halten muss, um wirksam zu werden.

Professor Wolfgang Schulz, der am Hans-Bredow-Institut lehrt und als Experte in der Enquete mitarbeitete, informierte im Workshop über die Ergebnisse zum Thema Bürgerbeteiligung. In der Internetenquete sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass trotz mehr Möglichkeiten für Menschen sich an Politik zu beteiligen, die Basis für Partizipation kaum gewachsen sei. Themenbezogen sei die Bereitschaft von Bürgerinnen und Bürger jedoch gewachsen, sich einzubringen. Es sei mit den technischen Möglichkeiten von heute keine Frage des Geldes mehr, Prozesse transparent zu gestalten und das Mitmachen zu ermöglichen. In dieser „Bürger-Staat-Frage“ würden vor allem politische Unterschiede deutlich: Wann lasse ich Beteiligung zu? Wie viel Beteiligung wird zugelassen. Als „Digitale Selbstständigkeit“ habe die Enquete das Ziel definiert, dass möglichst alle Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzt werden, von den Möglichkeiten zur digitalen Partizipation Gebrauch zu machen. Dafür müsse man Zugang zum Netz schaffen und Medienkompetenz vermitteln. Schulz kritisierte, dass Politik oft davon ausgehe, dass politische Diskussionen in ihrem direkten Umfeld stattfinde. Das stimme jedoch nicht. Für Beteiligung müssten sich die Angebote an die Orte bewegen – im Netz und außerhalb – an denen Bürgerinnen und Bürger Themen debattierten. Der Jurist forderte außerdem dazu auf, hohe Standards für Transparenz in staatlich kontrollierten Bereichen umzusetzen, „auch da, wo es weh tut“. Der Gewinn an Vertrauen und Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern über Partizipation und Transparenz sei deutlich erkennbar.

Digitale Arbeit ist flexibler und entgrenzter

Michael Schwemmler, der Unternehmen beim Thema Innovationstransfer berät, hielt auf dem Workshop einen kurzen Vortrag zu den Herausforderungen in der Arbeitswelt. Da „digitale Arbeit“ von ihrem Zuschnitt deutlich anders sei als industrielle Arbeit, würden bestehende Gesetze hier nicht mehr greifen. Arbeit in diesen neuen Bereichen sei fluider und flexibler, aber auch entgrenzter und biete daher Risiken für Gesundheit und hinsichtlich von Ausbeutung. Als „Crowd Working“ beschrieb er die Entwicklung, dass Unternehmen heute Zugriff auf einen weltweiten Pool von Freelancern hätten, die als Solo-Selbstständige arbeiten und damit eine schwache soziale Sicherung hätten, aber auch nicht direkt zu dieser beitragen. Wenn ein „massenhaftes digitales Tagelöhnerium“ entstünde, könne man nicht von einem humanen Fortschritt in der Arbeitswelt sprechen, so Schwemmler. Gerade das sei aber mit der digitalen Arbeit möglich. „Von alleine wird die digitale humane Arbeitswelt nicht entstehen“, so der Sozialwissenschaftler. Die SPD habe diese Herausforderung aber bereits erkannt und unter anderem in ihrem Regierungsprogramm formuliert. Am Beispiel der Arbeitnehmerrechte werde die starke Überlagerung von Netzpolitik mit Arbeits- und Wirtschaftspolitik deutlich.

Gesche Joost will Themen setzen

Die Verbraucherschützerin Cornelia Tausch griff diese Erkenntnis in der abschließenden Diskussion auf. Ihr Wunsch für die Netzpolitik ist, dass die Expertinnen und Experten beginnen, sich in anderen Politikbereichen zu engagieren. Dass dies sinnvoll ist, betonte auch Wolfgang Schulz bei seinem Lob der interdisziplinären Diskussionskultur, die die Enquetekommission entschieden vorangebracht habe. Doris Aschenbrenner, netzpolitische Sprecherin der Bayern-SPD, rief dazu auf, sich aus der „netzpolitischen Filterbubble“ zu bewegen, um die 95 Prozent der Bürgerinnen und Bürger anzusprechen, die sich mit den Implikationen des digitalen Wandels für ihren Alltag noch nicht beschäftigen. Die Designprofessorin Gesche Joost, die im Kompetenzteam von Peer Steinbrück für den Bereich „Vernetzte Gesellschaft“ zuständig ist, will künftig eigene Themen setzen: „Die Netzpolitik ist reagierend unterwegs, sie sollte mehr proaktiv agieren.“

Cornelia Tausch wies darauf hin, dass wie der Gesetzentwurf zum Informationsfreiheitsgesetz, den die SPD gerade in den Bundestag eingebracht hat, es auf Konsumentenseite das Verbraucherinformationsgesetz gebe, mit dem man Bürger „mitten im Alltag packen“ könne. Sie forderte die Netzpolitiker dazu auf, vermehrt nach diesen Alltagsbezügen zu suchen. Das Gesetz ermöglicht von Behörden Auskünfte zu Produkten zu erlangen, zum Beispiel bei Themen wie „Gammelfleisch“. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte zuletzt beim Skandal um Pferdefleisch gefordert, das Verbraucherinformationsgesetz auszuweiten.

Die SPD-Bundestagsfraktion nimmt den Workshop zum Auftakt, Bürgerinnen und Bürger an der Weiterentwicklung ihrer Netzpolitik zu beteiligen. Über die Online-Plattform der Fraktion können in den kommenden vier Wochen Ideen und Anregungen für sozialdemokratische Netzpolitik eingebracht und diskutiert werden. Auch Fragen werden dort beantwortet. Es ist dabei den Nutzerinnen und Nutzern selbst überlassen, welche Schwerpunkte sie setzen. Die Netzpolitik bietet zahlreiche Themenfelder, die bearbeitet werden können. Sei es zum Thema Arbeit, Bildung, Wissenschaft oder medienpolitische Themen wie das Urheberrecht.

Weitere Informationen gibt es auch hier:



www.spdfraktion.de/facebook



www.spdfraktion.de/googleplus



www.spdfraktion.de/twitter



www.spdfraktion.de/youtube



<http://www.spdfraktion.de/flickr>